

## Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

Drs. 15/8105

**zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und des Heilberufe-Kammergesetzes**

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Dr. Thomas Zimmermann**  
Mitberichterstellerin: **Kathrin Sonnenholzner**

### II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen.  
Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Kommunale Fragen Sicherheit haben den Gesetzentwurf mitberaten.  
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 77. Sitzung am 14. Juni 2007 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf in seiner 86. Sitzung am 03. Juli 2007 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 87. Sitzung am 05. Juli 2007 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 176. Sitzung am 10. Juli 2007 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 84. Sitzung am 11. Juli 2007 mitberaten und mit den Stimmen von CSU und SPD einstimmig Zustimmung empfohlen.
7. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 73. Sitzung am 12. Juli 2007 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 3 als Datum des Inkrafttretens der „1. September 2007“ eingefügt wird.

**Joachim Wahnschaffe**  
Vorsitzender